

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

124 (18.10.1947)



NEUER ITALIENFRAGEN

Arabischer Boykott gegen den Zionismus soll erheblich verschärft werden

Abzug der Hälfte der britischen Truppen aus Palästina noch 1947

Beirut, 17. Okt. (Dena-Reuters) Der Rat der arabischen Liga beschloß am 15. Okt. arabischen Boykottmaßnahmen gegen den Zionismus in Palästina zu verstärken. Er behält, daß die Grenzen arabischer Länder für die Juden geschlossen werden sollen.

Der Rat beschloß weiter, ein Memorandum an die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich zu entwerfen, in dem die frühere Forderung für ein unabhängiges Libyen unter arabischer Treuhänderschaft unterstützt wird.

Wie dazu aus Jerusalem gemeldet wird, erklärte der Vorsitzende der Jewish Agency, David Ben Gurion, im Juli, er müsse den Zionismus dankbar sein, weil er erzwungen habe, daß die beiden großen Mächte, die USA und die Sowjetunion, gemeinsam die Schaffung eines jüdischen Staates unterstützten.

Nach einer Dena-Meldung werden 40 000 britische Soldaten, etwa die Hälfte der in Palästina stationierten britischen Streitkräfte, Palästina noch vor Ende des Jahres verlassen.

Die Stärke der jüdischen Abwehrkräfte (Irgun) in Palästina wird auf etwa 70 000 Mann geschätzt, die zum großen Teil während des Krieges in den Armeen der Alliierten ausgebildet worden sind. Die illegalen arabischen Kampfgruppen in Palästina sollen demgegenüber nur über 20 000 Mann verfügen, jedoch über beträchtliche Vorräte an Waffen.

Ausschuß-Sitzungen der UN
New York, 17. Okt. (Dena-Reuters) Syrien und Irak brachten am 15. Oktober im palästinensischen Ausschuss der UN eine Resolution vor, die die britische Mandatsverwaltung, Palästina der Treuhänderschaft der UN zu unterstellen, bis das Land eine volle Unabhängigkeit erhält.

Großbritannien wandte sich im Wirtschaftsausschuß der UN gegen die sowjetischen Angriffe auf die Wirtschaftsmächte über Gebiete ohne Selbstregierung.

Der sowjetische Delegierte M. K. Rodionow beschuldigte im Rechtsausschuß Großbritannien und weitere Mitglieder der UN, die Resolution der UN-Vollversammlung vom vergangenen Jahr über die Auslieferung amerikanischer Militärregierung für Deutschland und die britische Kontrollkommission bekanntzugeben insgesamt 88 Werke, von denen 380 allgemeine Industriebetriebe und der Rest Rüstungsfabriken sind. Diese Werke sind für Reparationszwecke vorgesehen und werden sofort dem alliierten Kontrollrat gemeldet werden.

Nach den früheren Bestimmungen über die deutsche Industriekapazität sollten ursprünglich in der Bizone mehr als 1600 Fabriken abgebaut werden.

Die Reparationslieferungen erstrecken sich nicht auf die bewegliche Einrichtung der Betriebe mit Friedensproduktion und auf die Mehrzweckmaschinen, der Rüstungswerte, Spezialmaschinen für die Herstellung von Waffen, falls sie nicht bereits zerstört wurden, unter die Aktion zur Beseitigung des Kriegspotentials fallen.

Die Veröffentlichung der endgültigen Demontageliste, so sagte Mr. Lawrence Wilkinson, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, sollte den Tausenden großer und kleiner deutscher Industrieller, die im Zweifel waren, ob sie ihre Betriebe schließen müßten oder ob sie weiterarbeiten könnten, ein gewisses Maß an Sicherheit geben. Die einzige Sorge der Unternehmer sollte jetzt sein, die Produktion auf das höchstmögliche Maß zu steigern, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Europas zu verwickeln.

Die Regierung der USA, so fuhr Wilkinson fort, hat der Welt bereits die Zusicherung gegeben, daß der Wiederaufbau Deutschlands nicht vor dem Wiederaufbau der demokratischen Länder Europas dem Vorrang haben sollte. Die Politik der USA bezwecke auch, daß Deutschland so viel wie möglich zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas beitrage. Die industrielle Produktionskapazität, die der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands erhalten bleiben soll, ist so bemessen, daß Deutschland wieder einen annehmbaren Lebensstandard erreicht und seine Ausfuhr die Lücken in den Industriepänen der Nachbarländer schließt. Die Industrieanlagen, die über die Bedürfnisse Deutschlands hinausgehen und die unter den obwaltenden Umständen nicht voll ausgenutzt werden können, sollen den Ländern übergeben werden, die in der Lage sind, sie unverzüglich in Betrieb zu nehmen.

Hauptziele des Demontageplans
1. Beseitigung des deutschen Kriegspotentials.
2. Zuweisung von Reparationsleistungen an bestimmte Länder, z. B. Belgien.
3. Die Erhaltung der deutschen Wirtschaft in Deutschland erforderlichen Anlagen, 4. Aufrechterhaltung einer ausreichenden Kapazität in bestimmten deutschen Industrien, die es Deutschland ermöglichen, sich selbst zu erhalten.

Einzelheiten des Abbaues
Die höchste Anzahl von zu demontierenden Rüstungsfabriken entfällt auf Niedersachsen mit 92 Betrieben, es folgen Bayern mit 64, Nordrhein-Westfalen mit 49, Hessen mit 27 und Hamburg mit 22 Werken.

Von der Demontage der Friedensindustrie wird Nordrhein-Westfalen am stärksten betroffen. 77 Eisen und Stahl herstellende oder verarbeitende Betriebe, 151 Werke der

Erklärung der Generale Clay und Robertson zum Demontage-Plan für die Bizone

682 anstatt 1600 Fabriken als erste Reparationszahlung
Demontageplan sieht Lebenshaltung der Bevölkerung der Bizone von 80% des 1936-Standards vor
Die Liste der in Württemberg-Baden vorgesehenen Anlagen umfaßt 39 Werke

Berlin, 17. Oktober (Dena). Der Demontageplan für die Bizone umfaßt, wie die amerikanische Militärregierung für Deutschland und die britische Kontrollkommission bekanntgegeben, insgesamt 682 Werke, von denen 380 allgemeine Industriebetriebe und der Rest Rüstungsfabriken sind. Diese Werke sind für Reparationszwecke vorgesehen und werden sofort dem alliierten Kontrollrat gemeldet werden.

Nach den früheren Bestimmungen über die deutsche Industriekapazität sollten ursprünglich in der Bizone mehr als 1600 Fabriken abgebaut werden.

Die Reparationslieferungen erstrecken sich nicht auf die bewegliche Einrichtung der Betriebe mit Friedensproduktion und auf die Mehrzweckmaschinen, der Rüstungswerte, Spezialmaschinen für die Herstellung von Waffen, falls sie nicht bereits zerstört wurden, unter die Aktion zur Beseitigung des Kriegspotentials fallen.

Die Veröffentlichung der endgültigen Demontageliste, so sagte Mr. Lawrence Wilkinson, der Leiter der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, sollte den Tausenden großer und kleiner deutscher Industrieller, die im Zweifel waren, ob sie ihre Betriebe schließen müßten oder ob sie weiterarbeiten könnten, ein gewisses Maß an Sicherheit geben. Die einzige Sorge der Unternehmer sollte jetzt sein, die Produktion auf das höchstmögliche Maß zu steigern, nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Europas zu verwickeln.

Die Regierung der USA, so fuhr Wilkinson fort, hat der Welt bereits die Zusicherung gegeben, daß der Wiederaufbau Deutschlands nicht vor dem Wiederaufbau der demokratischen Länder Europas dem Vorrang haben sollte. Die Politik der USA bezwecke auch, daß Deutschland so viel wie möglich zur wirtschaftlichen Wiedergesundung Europas beitrage. Die industrielle Produktionskapazität, die der amerikanischen und der britischen Besatzungszone Deutschlands erhalten bleiben soll, ist so bemessen, daß Deutschland wieder einen annehmbaren Lebensstandard erreicht und seine Ausfuhr die Lücken in den Industriepänen der Nachbarländer schließt. Die Industrieanlagen, die über die Bedürfnisse Deutschlands hinausgehen und die unter den obwaltenden Umständen nicht voll ausgenutzt werden können, sollen den Ländern übergeben werden, die in der Lage sind, sie unverzüglich in Betrieb zu nehmen.

Hauptziele des Demontageplans
1. Beseitigung des deutschen Kriegspotentials.
2. Zuweisung von Reparationsleistungen an bestimmte Länder, z. B. Belgien.
3. Die Erhaltung der deutschen Wirtschaft in Deutschland erforderlichen Anlagen, 4. Aufrechterhaltung einer ausreichenden Kapazität in bestimmten deutschen Industrien, die es Deutschland ermöglichen, sich selbst zu erhalten.

Einzelheiten des Abbaues
Die höchste Anzahl von zu demontierenden Rüstungsfabriken entfällt auf Niedersachsen mit 92 Betrieben, es folgen Bayern mit 64, Nordrhein-Westfalen mit 49, Hessen mit 27 und Hamburg mit 22 Werken.

Von der Demontage der Friedensindustrie wird Nordrhein-Westfalen am stärksten betroffen. 77 Eisen und Stahl herstellende oder verarbeitende Betriebe, 151 Werke der

psychologischen Gründen aus begründet sein. U zu verhindern, daß ein Werk zu Kriegs-rüstungen mißbraucht wird, bedarf es keiner Entwertung. Die höchste Anzahl von zu demontierenden Rüstungsfabriken entfällt auf Niedersachsen mit 92 Betrieben, es folgen Bayern mit 64, Nordrhein-Westfalen mit 49, Hessen mit 27 und Hamburg mit 22 Werken.

Von der Demontage der Friedensindustrie wird Nordrhein-Westfalen am stärksten betroffen. 77 Eisen und Stahl herstellende oder verarbeitende Betriebe, 151 Werke der

Die Debatte über den Haushaltsplan für Württemberg-Baden

Stuttgart, 17. Okt. (Eig.-Ber. Dr. Hue) In der 47. und 48. Sitzung des württembergischen Landtages am 16. Oktober fand die Generaldebatte über den Entwurf des Haushaltsplans für 1947/48 statt. Als erster Diskussionsredner nahm Abgeordneter Harter (CDU) Stellung zu der Etatsrede und benutzte nach altem parlamentarischen Brauch die Gelegenheit zu einer großen politischen Ansprache. Leider sei von dem Geist der Byrnes-Rede und der heutigen Politik der Amerikaner nicht mehr viel zu verspüren. Die Hoover-Speisung habe mehr Gutes gestiftet als die gesamte bisherige Politik der USA.

Was die Zusammenarbeit der Parteien betrafte, so seien die in sie gesetzten Erwartungen in keiner Weise erfüllt worden. Die Haushaltsangelegenheiten, so billige ihn die CDU.

Abgeordneter Möller (SPD) erklärte, daß in einer Demokratie der Bürger bei Festsetzung der Einnahmen, bei ihrer Verwendung und bei der Festlegung der Ausgaben durch die Parlamente ein Recht zur Mitbestimmung habe. Auf die Einnahmequellen hätten wir keinen Einfluß, weil die Steuern vom Kontrollrat diktiert wurden. Erhöhen bis zu 150 Prozent der früheren Steuerabgaben hätten zu untraglichen sozialen Härten und wirtschaftlichen Missetänden geführt, sie hätten die Arbeitslosigkeit des Arbeiters zerschlagen und Kapitalbildung verhindert.

Dr. Heuß (DVP) glaubt, daß sich die Notwendigkeit, die auf das Dritte Reich zurückzuführen sei, noch auf mehrere Generationen auswirken werde. Er setzte sich für die Hinterbliebenen ehemaliger Berufssoldaten ein, die unrechtmäßig um ihre Pension betrogen würden.

Abgeordneter Leibbrand (KPD) forderte einen Ausbau der Selbstverwaltung in den Gemeinden, äußerste Sparsamkeit und eine Reform des gesamten Beamtengesetzes. Scharfe Worte fand er gegen den Wirtschaftsrat.

Stellungnahme zur Demontage
Zu Beginn der 48. Sitzung am 17. Okt. beschloß der württembergische Landtag, eine von dem Landtagspräsidenten Keil ausgearbeitete Erklärung auf Antrag des Abg. Möller (SPD) als Stellungnahme des Landtages zu dem am 16. Oktober bekanntgegebenen Demontageplan der britischen und amerikanischen Besatzungsmächte dem württembergischen Volksbeauftragten zu geben.

In der Erklärung heißt es u. a.: Von den insgesamt 682 Betrieben entfallen auf Württemberg-Baden 39. Die geplante Demontageaktion kann weder von politischen, noch von wirtschaftlichen, noch von moralischen und

General Clay: Wiederaufbau deutscher Wirtschaft
Washington, 17. Oktober (Dena-Reuters). General Lucius D. Clay, der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands, erklärte am 15. Oktober vor dem „National Press Club“, die wirtschaftliche Erholung Deutschlands werde mindestens noch weitere drei oder vier Jahre in Anspruch nehmen. Es könne aber für die USA und die Welt kein größeres Unglück geben als den Rückzug der Besatzungsgruppen aus Deutschland, bevor nicht ein endgültiges Einverständnis über den Weltfrieden erreicht werde.

Das Wiederaufleben Europas werde zum großen Teil von dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft abhängen. Europa bedürfe dringend Rohstoffe sowie Maschinen und Werkzeuge aus Deutschland. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft innerhalb drei oder vier Jahre könne nur durchgeführt werden, wenn die USA die notwendigen Nahrungsmittel zur Verfügung stellen und es gestatten, die aus dem deutschen Export erzielten Gewinne wieder in die deutsche Industrie zurückzuführen zu lassen, um das Land sich selberhaltend zu machen.

Verluste für Württemberg-Baden
Bad Nauheim, 17. Okt. (Dena) Der württembergische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier bezeichnete am 15. Oktober in einem Interview die aus der Demontageliste sich ergebenden Verluste für Württemberg-Baden als unerwartet groß und sehr schwerwiegend.

Es sei bedauerlich, daß nach der am Donnerstag veröffentlichten Liste Firmen unter die Demontage fallen sollten, die der Friedensproduktion dienten. „Wir werden“, fuhr Dr. Maier fort, „mit der Militärregierung Einzelgespräche führen und hoffen auf einen Erfolg.“

Der württembergische bismarckische Wirtschaftsminister Dr. Hermann Veit gab seiner Erschütterung darüber Ausdruck, daß 39 Werke in Württemberg-Baden auf der Demontageliste seien, obwohl er auf Grund von Verhandlungen mit der amerikanischen Militärregierung für Württemberg-Baden gehofft hätte, eine größere Anzahl dieser Fabriken der württ.-bad. Wirtschaft zu erhalten. Die Folgen der Demontage für Württemberg-Baden bezeichnete der Minister als sehr ernst.

Demontageliste Württemberg-Baden
Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken AG, Grötzingen; Colla Metallwerke, Reichenbach; Aalen; Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Werk Ulm, Ulm-Donau; W. u. W. Schenk, Leichtgewichtswerke, Maulbronn; Luftfahrtgerätebau Gebr. Haage, Stuttgart; Maschinenfabrik, Clebronn; Stettner und Wulfer, Stuttgart; Ortlieb, Eßlingen; Rohleder, Kesselschmiede, Stuttgart; Säuerler u. Co., Plochingen; Fr. Schuler, Mühlacker; Stiefelmeyer, Eßlingen; Streicher, Bad Cannstatt; Südd. Arguswerke, Karlsruhe; Südd. Präzisionswerke, Geislingen; Gebr. Wagner, Stuttgart; Ad. Haisler, Stuttgart; Maschinenfabrik Bohner u. Koehle AG, Eßlingen; Indexwerke, Eßlingen; Fritz Müller, Eßlingen; Schmidt u. Schaudt, vorm. Unger, Stuttgart; Vorrichtungsbau Hueiler, Ludwigsburg; Motorenfabrik Wilhelm Gutbrod, Stuttgart-Feuerbach; Codac AG, Werk Eßlingen; Einsinger Großkraftwerk Mannheim AG, Mannheim-Neckarau.

Das Hilfsprogramm der US-Regierung

Frankreich erhält 50 Millionen Dollar — Marshalls erste Mahnung

Washington, 17. Okt. (Dena-Reuters) Präsident Truman erklärte am 15. Okt., er werde ein neues Hilfsprogramm für die europäischen Staaten nach der Bereitstellung von Mitteln durch den Kongreß flüssig zu machen, „wesentliche Erfolge“ erzielt. Diese Erklärung Truman bestätigte glaubhafte Berichte, wonach die amerikanische Regierung ein solches Programm haben soll, keine Sonderleistung des Kongresses einzubringen. Das betwähligte Nahrungsmittel-Einsparungsprogramm ist nach Truman Berichten auf dem besten Wege zum Erfolg.

Truman wird eindeutig darauf hin, daß die amerikanische Regierung ein solches Programm in der Lage ist, die erforderlichen Geldmittel abzurufen zu machen, um Italien, Frankreich und Österreich bis zum Januar, dem Zeitpunkt, an dem Maßnahmen des Kongresses zu erwarten sind, über Wasser zu halten.

Man entnimmt aus den Darlegungen Truman, daß die amerikanische Regierung sich einverstanden mit dem folgenden Programm entschlossen hat: 1. Erfassung aller Vorräte, um die Lieferungen der notwendigen Güter, insbesondere Getreide und Kohle, Frankreich und Italien bis zum Jahresende fortzusetzen zu können, 2. Vorlage des Sofort-Hilfs-Programms an beide Häuser des Kongresses zu Beginn der normalen Sitzungsperiode im Januar. Wenn die Ausschüsse des Kongresses ihre Erörterungen bis dahin abgeschlossen haben, könnte eine Billigung des Programms im Laufe des Monats März erfolgen.

Man entnimmt aus den Darlegungen Truman, daß die amerikanische Regierung sich einverstanden mit dem folgenden Programm entschlossen hat: 1. Erfassung aller Vorräte, um die Lieferungen der notwendigen Güter, insbesondere Getreide und Kohle, Frankreich und Italien bis zum Jahresende fortzusetzen zu können, 2. Vorlage des Sofort-Hilfs-Programms an beide Häuser des Kongresses zu Beginn der normalen Sitzungsperiode im Januar. Wenn die Ausschüsse des Kongresses ihre Erörterungen bis dahin abgeschlossen haben, könnte eine Billigung des Programms im Laufe des Monats März erfolgen.

Man entnimmt aus den Darlegungen Truman, daß die amerikanische Regierung sich einverstanden mit dem folgenden Programm entschlossen hat: 1. Erfassung aller Vorräte, um die Lieferungen der notwendigen Güter, insbesondere Getreide und Kohle, Frankreich und Italien bis zum Jahresende fortzusetzen zu können, 2. Vorlage des Sofort-Hilfs-Programms an beide Häuser des Kongresses zu Beginn der normalen Sitzungsperiode im Januar. Wenn die Ausschüsse des Kongresses ihre Erörterungen bis dahin abgeschlossen haben, könnte eine Billigung des Programms im Laufe des Monats März erfolgen.

Man entnimmt aus den Darlegungen Truman, daß die amerikanische Regierung sich einverstanden mit dem folgenden Programm entschlossen hat: 1. Erfassung aller Vorräte, um die Lieferungen der notwendigen Güter, insbesondere Getreide und Kohle, Frankreich und Italien bis zum Jahresende fortzusetzen zu können, 2. Vorlage des Sofort-Hilfs-Programms an beide Häuser des Kongresses zu Beginn der normalen Sitzungsperiode im Januar. Wenn die Ausschüsse des Kongresses ihre Erörterungen bis dahin abgeschlossen haben, könnte eine Billigung des Programms im Laufe des Monats März erfolgen.

Man entnimmt aus den Darlegungen Truman, daß die amerikanische Regierung sich einverstanden mit dem folgenden Programm entschlossen hat: 1. Erfassung aller Vorräte, um die Lieferungen der notwendigen Güter, insbesondere Getreide und Kohle, Frankreich und Italien bis zum Jahresende fortzusetzen zu können, 2. Vorlage des Sofort-Hilfs-Programms an beide Häuser des Kongresses zu Beginn der normalen Sitzungsperiode im Januar. Wenn die Ausschüsse des Kongresses ihre Erörterungen bis dahin abgeschlossen haben, könnte eine Billigung des Programms im Laufe des Monats März erfolgen.

Im Telegrammstil

Washington, 17. Okt. (Dena-Reuters) Der Militärgouverneur der amerikanischen Besatzungszone für Deutschland, General L. D. Clay, erklärte am 15. Okt., es könne für die USA und die Welt kein größeres Unglück geben, als die amerikanischen Besatzungsgruppen aus Deutschland zurückzuziehen (Dena-INS).

Washington, 17. Okt. (Dena-Reuters) Die Weltweit gedruckte Liste der Ideologen der Sowjetunion und der USA, erklärte der ehemalige amerikanische Außenminister James H. Byrnes anlässlich des Erscheinens seines Buches „Open Society“ (Dena-OANS).

Washington, 31. Okt. Der ehemals deutsche Flotte und ein Schwimmdock, das auf Grund von Verfügungen der Dreiländer-Flottenkommission der USA zugewiesen worden waren, werden nach Frankreich übergeführt werden. (Dena-Reuters).

London, 17. Okt. Die britische Zeitung „Daily Mirror“ meldet aus Kairo 12. Oktober, daß sich die Gesamtzahl der seit dem Durchbruch der Seuche am 23. September Verstorbenen in Ägypten auf 10 000 beläuft. (Dena-INS).

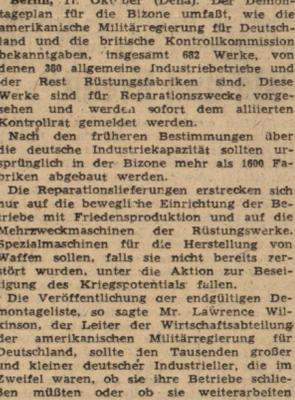
London, 17. Okt. Sir William Strang, politischer Berater der britischen Vertretung in der Briten Kontrollkommission für Deutschland, hat dem britischen Außenministerium empfohlen, die internationale Presse-Austauschgesellschaft (IPAG) nach Großbritannien zu exportieren, um die amerikanische Militärregierung für Deutschland am 16. Oktober bekannt. (Dena).

Berlin, 17. Okt. 50 000 t Speisekartoffeln für die Bizone wurden von Polen gekauft, wie die amerikanische Militärregierung für Deutschland am 16. Oktober mitteilte. (Dena).

London, 17. Okt. Die britische Vertretung in der Briten Kontrollkommission für Deutschland hat dem britischen Außenministerium empfohlen, die internationale Presse-Austauschgesellschaft (IPAG) nach Großbritannien zu exportieren, um die amerikanische Militärregierung für Deutschland am 16. Oktober bekannt. (Dena).

Berlin, 17. Okt. 50 000 t Speisekartoffeln für die Bizone wurden von Polen gekauft, wie die amerikanische Militärregierung für Deutschland am 16. Oktober mitteilte. (Dena).

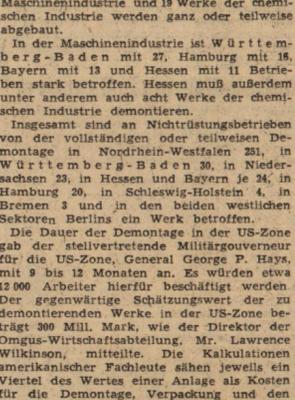
London, 17. Okt. Die britische Vertretung in der Briten Kontrollkommission für Deutschland hat dem britischen Außenministerium empfohlen, die internationale Presse-Austauschgesellschaft (IPAG) nach Großbritannien zu exportieren, um die amerikanische Militärregierung für Deutschland am 16. Oktober bekannt. (Dena).



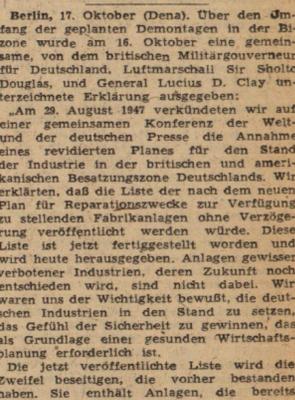
König Abdullah II von Jordanien (Dena-Bild)



König Abdullah II von Jordanien (Dena-Bild)



König Abdullah II von Jordanien (Dena-Bild)



König Abdullah II von Jordanien (Dena-Bild)

NEUESTE NACHRICHTEN

Erfreuliche Klärung

Man wird sich erinnern oder auch nicht, denn die Vergleichlichkeit der Deutschen ist geschichtstheoretisch und unermesslich, und überhaupt heute, da sich die Nachrichten von Drinnen und Draußen geradezu überstürzen, und man sich kaum ein Bild von den inneren Zusammenhängen machen kann, und nur das Gefühl übrig bleibt, das alle, was geschieht, letzten Endes eine mehr oder minder schlimme Rückwirkung auf das eigene Sein haben könnte.

Nachdem aber der badisch-württembergische Landwirtschaftsminister Stöck in einer der letzten Landtagssitzungen auf die Angelegenheit zurückgekommen ist, besteht die Notwendigkeit, ebenfalls wieder an jene anfangs September veröffentlichte Nachricht über die unerklärlich große Differenz zwischen den Schätzungen der amerikanischen und der deutschen Sachverständigen über den Ernteertrag in Württemberg-Baden zu erinnern. Nicht allein damit jemand ebenso offentlich, wie er ins Unrecht gesetzt schien, attestiert bekomme, daß er im Recht gewesen sei, sondern, damit auf beiden Seiten nichts im Rückstand bleibe, was fortzulebend Böses gebären, d. h. vertrauenszerstörend wirken könnte.

Ein grimmiges Paradox

Wir haben den leichtfertig begonnenen Krieg verloren und wir haben uns angeichts des nun veröffentlichten Demontageplans immer wieder sagen müssen. Es sind in den letzten Wochen bittere und harte Worte von beiden Seiten gefallen, die freilich nur die eine Wirkung haben konnten: Verunsicherung zwischen Sieger und Besiegten hervorzuufen.

1500 Personen unter der Anklage von Kriegsverbrechen verhandelt

Nürnberg, 17. Okt. (Dena-INS) Im Schlußplädoyer für den Angeklagten Hans Peter, den ehemaligen „Laienrichter“ des ersten und besonders des zweiten und dritten Instanzhofes und SA-Obergruppenführer, führte dessen Verteidiger Dr. Rudolf Aschenauer, der den Freispruch seines Mandanten beantragte, aus, der Volkgerichtshof sei ein ordentliches Gericht im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes gewesen.

Die „Sonderstelle Geld und Kredit“

Frankfurt a. M., 17. Okt. (Eig.-Ber. -sch-) Die Pressestelle der Verwaltung für Finanzen beim Zweinotenzweckrat hat vor einigen Tagen die Öffentlichkeit offiziell von der Konstitution der „Sonderstelle Geld und Kredit“ in Kenntnis gesetzt. Das wird, voraussichtlich für längere Zeit, das erste und einzige Lebenszeichen dieser „Sonderstelle“ bleiben, die sich sofort in Klausur begeben wird.

Studententagung in Hannover

(Dena.) Arbeitsausschüsse der in Hannover tagenden Studenten aller Zonen haben Vorschläge zur Nachwuchsenziehung, zur Koordinierung der Zulassungsbestimmungen und für die Durchführung der Hochschulprüfungen ausgearbeitet.

2000 Tote monatlich

London, 17. Okt. (Dena-Reuters) Über 2000 Personen sterben monatlich an Hunger in Ost-Deutschland, erklärte Dr. Otto Dibelius, der protestantische Bischof von Berlin.

Zum neuen Gemeindevahl-Gesetz

Das neue Kommunalwahlgesetz ist verabschiedet, bestimmt, um das Wesentliche herauszugreifen, daß die Bürgermeister auf sechs Jahre durch Urwahl berufen werden, die kommunalen Körperschaften ebenfalls auf sechs Jahre mit der Maßgabe, daß die Hälfte nach drei Jahren zu wählen ist.

Einer der „erbitterten Gegner Himmlers“

Nürnberg, 17. Okt. (Dena-INS) Im Schlußplädoyer für den Angeklagten Hans Peter, den ehemaligen „Laienrichter“ des ersten und besonders des zweiten und dritten Instanzhofes und SA-Obergruppenführer, führte dessen Verteidiger Dr. Rudolf Aschenauer, der den Freispruch seines Mandanten beantragte, aus, der Volkgerichtshof sei ein ordentliches Gericht im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes gewesen.

Arbeitslosen-Versicherungsgesetz abgeändert und gebilligt

Wiesbaden, 17. Okt. (Dena.) Ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und ein Verordnungsentwurf über die Kurzarbeiterunterstützung wurden nach Billigung durch die amerikanische und die britische Militärregierung Deutschlands den einzelnen Länderregierungen der amerikanischen und der britischen Zone zur Vorlage an den Landtag zugewiesen.

Wahlen in Frankreich

Am 19. und 20. Oktober finden in ganz Frankreich Gemeindevahlen statt, die dieses Jahr weit mehr als lokale Bedeutung haben. Ihr Ausgang vermag die Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidend zu beeinflussen.

Wahlkreiswahlrecht

In diesem Sinne sind die kommenden Gemeindevahlen eine Kratprobe für die noch kaum ein Jahr alte Vierte Republik. Sozialisten, Volkrepublikaner und mit gewissen Vorbehalten auch die Radikalsozialisten müssen die Republik zur Linken gegen den Kommunismus und zur Rechten gegen den Gaullismus verteidigen.

Die SPD im politischen Schachspiel

Zudem in Nr. 122 der „BNN“ erschienenen Bericht ist folgendes festzustellen: In der ersten Vorlage des Entwurfs eines Zonengesetzes zur Abänderung des sogenannten Befreiungsgesetzes war vorgesehen, daß Minderbelastete während der Bewährungsfrist wieder Schlüsselpositionen in der Privatwirtschaft einnehmen könnten.

Stimme der Parteien

Die Stimme der Parteien erscheint außer Verantwortung der Redaktion. Die Frage der Sozialisierung. Die Sozialisierung ist die Frage, an der sich nach wie vor die Geister scheiden. Aber versuchen wir doch einmal, durch die dichten Phrasenberge zu dringen: Sozialisierung, Nationaler Erbe, Kollektiv, Volkseigentum, Überführung in Gemeindegut, Vergossenschaftlichung und dergleichen Dinge mehr.

Arbeitslosen-Versicherungsgesetz abgeändert und gebilligt

Wiesbaden, 17. Okt. (Dena.) Ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und ein Verordnungsentwurf über die Kurzarbeiterunterstützung wurden nach Billigung durch die amerikanische und die britische Militärregierung Deutschlands den einzelnen Länderregierungen der amerikanischen und der britischen Zone zur Vorlage an den Landtag zugewiesen.

Wahlen in Frankreich

Am 19. und 20. Oktober finden in ganz Frankreich Gemeindevahlen statt, die dieses Jahr weit mehr als lokale Bedeutung haben. Ihr Ausgang vermag die Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidend zu beeinflussen.

Wahlkreiswahlrecht

In diesem Sinne sind die kommenden Gemeindevahlen eine Kratprobe für die noch kaum ein Jahr alte Vierte Republik. Sozialisten, Volkrepublikaner und mit gewissen Vorbehalten auch die Radikalsozialisten müssen die Republik zur Linken gegen den Kommunismus und zur Rechten gegen den Gaullismus verteidigen.

Die SPD im politischen Schachspiel

Zudem in Nr. 122 der „BNN“ erschienenen Bericht ist folgendes festzustellen: In der ersten Vorlage des Entwurfs eines Zonengesetzes zur Abänderung des sogenannten Befreiungsgesetzes war vorgesehen, daß Minderbelastete während der Bewährungsfrist wieder Schlüsselpositionen in der Privatwirtschaft einnehmen könnten.

Gestatten Herr Hauptmann!

Ich habe mir erlaubt, im Personalverzeichnis am schwarzen Brett im Landesfinanzamt nachzuschlagen. Zu meiner Überraschung fand ich auch Ihren Namen...

KURZE STADTNOTIZEN

Keine Ausgabe von Rastereife. Das Wirtschaftsamt Karlsruhe gibt bekannt, daß ihm wieder reklamierte Ausgabe von Rastereifen...

Im Verlaufe einer Diskussion über religiöse Dinge wurde kürzlich völlig ernsthaft die Frage gestellt, ob es einem Christenmenschen denn jetzt überhaupt noch zugehen würde...

Gesegnete Dummheit / Von der Schlaubheit und der geistigen Armut

Man erinnert sich eines Erlebnisses von Vortage, da eine alte Frau nach dreijähriger Irrfahrt in diese Stadt zurückkehrte...

Sorgen des Karlsruher Gymnasiums

Um die Wiederbelebung des Vereins der Freunde des humanistischen Gymnasiums

Nach einer Anweisung des Unterrichtsministeriums sollen alle Lehrpläne unter Berücksichtigung der konfessionellen und sozialen Verhältnisse der Schüler...

und bewährte Schularbeit, die durch die kommende Schulreform gefährdet ist, bezeugen Lehrer und Eltern der Gymnasialen...

Der Landesverband des Einzelhandels von Württemberg-Baden hält am Mittwoch 22. Oktober 18 Uhr in der 'Bavaria'...

Schiffsfriedhof im Rhein, Main und Neckar

1224 Schiffe lagen auf Grund, bisher 997 gehoben - Wer sind die Eigentümer?

In dieser Zeit der bittersten Transportmangeln auf allen Zufuhrwegen macht sich der Ausfall des größten Teiles der Binnenschiffahrt...

Karlsruher Schwäbgebabel

Also jetzt wir Ruppurr (uff deutsch Riebeck) endlich wieder 'eingemeindet'. Dr. Albrecht, widdler in d' Stadt rein...

Hilfsstelle für Heimatvertriebene Juristen

Das Justizministerium in Stuttgart hat vor einiger Zeit die Bildung einer Hilfsstelle für Heimatvertriebene Juristen in Anbahnung an das Justizministerium...

Konstruktive Gestaltung des Gemeinwohl

Dieses Thema hatte sich der Peace-Club, dessen Mitglieder sich am Donnerstagabend in der amerikanischen Bibliothek versammelten...

Raub- und Sexualmorde in Pforzheim

Zwei Morde und ein Mordversuch in zwei Monaten

Innerhalb von zwei Monaten beunruhigten zwei Morde und ein Mordversuch die Pforzheimer Bevölkerung...

Versammlungskalender der Parteien

- SPD, Rintheim: 18. 10. 20 Uhr, Schulhaus, Mitgliederversammlung... CDU, 18. 10. 19. 30 Uhr, Karlsruhe-Ost, Georg-Friedrich-Platz...

Wie wird das Wetter?

Wetterbericht v. Amt für Wetterdienst K'he. Zum Wochenende noch einzelne Regenfälle. Vorhersage, gültig bis Montag abend...

Handball

Schiedsrichtersitzung. Am Samstag, 18. 10. 17 Uhr, findet im Gasthaus zur Rose, Amalienstraße 67, eine Sitzung sämtlicher Schiedsrichter...

Sport am Sonntag

Oberliga (Sa.): SV Waldhof - Schwaben Albstadt, VfL Sindelfingen - VfL Kirchheim...

